

# Eurospots



## Schlaglichter aus dem Herzen Europas



### Aus dem Inhalt

Oktober/November 2006

- *Interparlamentarisches Treffen EU-IRAN*
- *Chemikalienrecht REACH*
- *Bulgarien und Rumänien vor dem EU-Beitritt*
- *Deutsche Ratspräsidentschaft 2007*
- *Briefmonopol*
- *Binnenwanderung von Arbeitskräften*
- *Was kostet KEINE Verfassung?*
- *Deutschland drittgrößter Empfänger von EU-Haushaltsmitteln*
- *Auslandssemester immer beliebter*

### Impressum

Michael Gahler  
Europäisches Parlament  
ASP 10 E 217  
B-1047 Brüssel  
Tel.: 0032-2-284 59 77  
Fax: 0032-2-284 99 77  
michael.gahler  
@europarl.europa.eu

Regionalbüro Süd- und  
Westhessen  
Am Marktplatz 19  
D-64521 Groß-Gerau  
Tel.: 06152-93 25 94

### Liebe Leserinnen und Leser,

die Debatte über die "Unterschicht" in Deutschland, für die einige politisch Korrekte das feiner klingende Wort "Prekariat" verwenden, verfolge ich mit Interesse. Vor allem, weil ich mir dann überlege, welches Wort man erfinden sollte für die Menschen, die ich als Entwicklungspolitiker in weiten Teilen Afrikas erlebe. Spontan fällt mir als neue Wortschöpfung das "Marginariat" ein, als Sammelbegriff für Millionen von Menschen, deren Schicksale nur "marginal", also am Rande, wahrgenommen werden. Mit einer Kollegin aus dem EP und zwei afrikanischen Kollegen besuchte ich im Oktober Addis Abeba/Äthiopien.

Dort hatte im vergangenen Jahr eine ziemlich demokratische Wahl stattgefunden, die freieste bisher in diesem Land. Die EU hatte eine umfangreiche Wahlbeobachtung organisiert. Während die ersten Ergebnisse eintrudelten wurde die Regierung von Panik ergriffen, denn die Opposition hatte in der Hauptstadt im gleichzeitig gewählten Stadtparlament 137 von 138 Sitzen errungen. Der Ministerpräsident verhängte den Notstand, die Auszählung wurde gestoppt und als Monate (!) später das Ergebnis bekannt gegeben wurde, hatte die Regierung gewonnen, das alte Parlament noch schnell die Geschäftsordnung zugunsten der Minderheit geändert und als sich Protest regte und die Opposition sich weigerte, unter diesen Umständen die Mandate anzunehmen, wurden alle, die es nicht doch taten, ins Gefängnis geworfen und des Hochverrats und des Völkermordes angeklagt.

Sollen wir nur mit den Schultern zucken? Äthiopien ist seit Jahrzehnten einer der "Lieblinge" der Geberländer, Millionen fließen dorthin, in 3-4 Jahren hat es so viele Einwohner wie Deutschland, nur gehören 95% zum "Marginariat", von denen sich viele bald dem "Elendsmarsch" Richtung Europa anschließen könnten, wenn sich nichts ändert.

Einen kleinen Beitrag, vielleicht eines Tages eine demokratische Wende mitzubewirken, durfte ich bei einem neuen Instrument der EU-Außenhilfe mit aushandeln: Es ist das Instrument für Demokratie und Menschenrechte, das es uns ermöglichen soll, künftig auch ohne Zustimmung der betroffenen Regierungen demokratische politische Kräfte in schwieriger Lage zu unterstützen. Mehr dazu im nächsten Eurospot. Bis dahin grüßt Sie herzlich

Ihr

*Michael Gahler*

## Interparlamentarisches Treffen EU - Iran

Als Mitglied der Iran-Delegation des Europäischen Parlamentes nahm Michael Gahler am Treffen von Europaabgeordneten mit Vertretern des iranischen Parlaments (des Madjlis) Mitte Oktober teil. Es war das erste Treffen dieser Art.

Es fand in einer außenpolitisch entscheidenden Phase statt: Die Hauptthemen während des Treffens waren daher die iranische Atompolitik, sowie die allgemeine Sicherheitslage im Nahen Osten. Darüber hinaus wurde von den Europaabgeordneten die Menschenrechtssituation im Iran kritisiert.

Die Europaabgeordneten stellten klar, dass die Europäische Union eine nukleare Aufrüstung des Iran in keinem Falle akzeptieren werde. Der Iran manövriere sich durch die fortgesetzte Urananreicherung zunehmend ins außenpolitische und wirtschaftliche Abseits.

Der Iran hat zwar als Mitglied des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrages grundsätzlich das Recht auf zivile Nutzung der Kernenergie, Michael Gahler unterstrich jedoch, dass vor allem das mangelnde Vertrauen in die wahren Absichten die internationale Gemeinschaft unter Führung der EU motiviert habe, vom Iran den Stopp der eigenen Urananreicherung zu verlangen, ihm im Austausch dafür aber ein umfangreiches Kooperationsangebot machen, das die Anreicherung außerhalb des Irans einschlieÙe. Eine vertiefte wirtschaftliche und politische Kooperation mit dem Iran könne darüber hinaus erst realisiert werden, wenn Teheran seinen Bürgern und Minderheiten die Ausübung ihrer persönlichen und politischen Bürgerrechte ermögliche.

Als Region braucht der Nahe Osten dringend Frieden und Stabilität. Daher sollte sich Iran nach Ansicht der Europaabgeordneten seiner regionalen Verantwortung bewusst werden und für eine Stabilisierung der Region eintreten, indem er das Existenzrecht Israels anerkennt und die Unterstützung gewaltbereiter Gruppen beendet.

## Umweltausschuss entscheidet über Chemikalienrichtlinie REACH

Über das seit Jahren diskutierte europäische Chemikalienrecht **REACH** (Gesetzesvorschlag zur **R**egistrierung, **E**valuierung und **A**utorisierung von **C**hemikalien) ist Mitte Oktober im Umweltausschuss des Europäischen Parlamentes in zweiter Lesung abgestimmt worden. In der Sitzung wurde ein Bericht des sozialistischen Berichtstatters Sacconi, unterstützt durch Liberale und Grüne, angenommen. Der Bericht sieht vor, die Zulassungen chemischer Stoffe auf fünf Jahre zu

beschränken und selbst dafür ein kompliziertes Zulassungsverfahren einzuführen. Jenes Verfahren für die Zulassung chemischer Stoffe würde dadurch drastisch bürokratisiert und verteuert. Schätzungen über die Kosten eines solchen Zulassungsverfahrens belaufen sich auf bis zu 70.000 Euro. Darüber hinaus sollen nach Ansicht der Sozialisten, Liberalen und Grünen, gefährliche chemische Stoffe künftig ersetzt werden - auch wenn ihre sichere Handhabung gewährleistet ist.

Die große Mehrheit der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament lehnt dieses Vorhaben als vollkommen unpraktikabel und wirtschaftsfeindlich ab. Eine Befristung der Zulassung eines chemischen Stoffes auf fünf Jahre würde sich negativ auf Investitionen in dem Sektor auswirken, da eine langfristige Produktplanung dann nicht mehr möglich wäre. Dies wäre insbesondere für die hauptsächlich mittelständisch geprägte Branche in Deutschland ein Nachteil. Es hängt von dem Ergebnis der nun anstehenden Verhandlungen im Parlament ab, ob dem Bericht im Plenum, voraussichtlich Ende November zugestimmt wird.

## Bulgarien und Rumänien vor dem EU-Beitritt - Scharfe Korruptionsüberwachung notwendig

Aller Voraussicht nach werden Bulgarien und Rumänien am 1. 1. 2007 der EU beitreten. Ende September legte die Kommission ihren neuesten Fortschrittsbericht vor, indem beiden Ländern zwar die Beitrittsfähigkeit zugesprochen wird, aber auf immer noch eklatante Missstände in der Betrugs- und Korruptionsbekämpfung hingewiesen wird. Einem Beitritt der Staaten zum nächsten Jahr stünde nun nur noch ein Entschluss des Ministerrates, den Beitritt auf 2008 zu verlegen, im Wege. Dieser hat am 20. Oktober getagt und ist der Empfehlung der Kommission gefolgt. Eine qualifizierte Mehrheit zur Verschiebung bei Rumänien und Einstimmigkeit bei Bulgarien (Beschluss des Europäischen Rates vom Dezember 2004) war nicht zu erwarten.

Die EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament hat sich grundsätzlich immer für einen Beitritt Bulgariens und Rumäniens zur EU ausgesprochen. Allerdings empfanden fast alle Abgeordneten von CDU und CSU die Tatsache, dass die Zustimmung des EP hierzu bereits im April 2005 eingeholt wurde als nicht sachgerecht und stimmten seinerzeit dagegen bzw. enthielten sich.

Das Problem der Korruption in beiden Staaten löst auch aufgrund der neuen Fortschrittsberichte weiterhin große Besorgnis aus. Um eine korrekte Verwendung der finanziellen Unterstützung der EU zu gewährleisten, die sich in den nächsten drei Jahren auf rund 15 Mrd Euro belaufen werden, sollte daher

nach Auffassung von Michael Gahler eine Zweigstelle des europäischen Betrugsbekämpfungsamtes OLAF bei den Kommissionsdelegationen in Bulgarien und Rumänien eingerichtet werden. Korruption schadet dem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt der Länder. Angesichts der beachtlichen Höhe der finanziellen Unterstützung der beiden Länder in den drei Jahren trägt die EU aber auch gegenüber den eigenen Bürgern die Verantwortung, die korrekte Mittelverwendung zu überwachen.

### **Vorbereitungen zur deutschen Ratspräsidentschaft laufen auf Hochtouren - Verfassungsvertrag als zentrale Aufgabe**

Ab dem 1. Januar 2007 übernimmt die deutsche Bundesregierung den Ratsvorsitz der Europäischen Union. Die Vorbereitung hierzu laufen in Berlin und Brüssel auf Hochtouren. Am Rande der Kabinettsitzung vom 11. Oktober, an der auch der Kommissionspräsident Manuel Barroso teilnahm, veröffentlichte Bundeskanzlerin Merkel die geplanten inhaltlichen Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft.

Zentraler Punkt soll die Ausarbeitung einer "Roadmap", also eines Fahrplans, für die weitere Entwicklung der europäischen Verfassung sein. Ziel ist die Realisierung einer Verfassung noch in diesem Jahrzehnt. "Europa braucht dringend eine solche Verfassung, zumindest jedoch einen Vertrag, der ihre Substanz enthält, um die Transparenz und Effizienz der Institutionen zu erhöhen und damit das vereinte Europa den Menschen näher zu bringen. Auch den globalen Herausforderungen ist nur ein Europa gewachsen, das agil und flexibel entscheiden kann. Deutschland kann dem Prozess während der Ratspräsidentschaft neue Impulse verleihen und sollte als Motor des Verfassungsprozesses agieren" ist auch Michael Gahler überzeugt.

Neben der Verfassungsfrage werden die Handels- und Energiepolitik eine wichtige Rolle in der deutschen Ratspräsidentschaft spielen. Weitere Schwerpunkte will die Bundesregierung auf den Bürokratieabbau und die Verbesserung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit setzen. Das konkrete Programm für die Ratspräsidentschaft wird im November veröffentlicht.

Anlässlich der anstehenden Ratspräsidentschaft hält die Europäische Bewegung eine Vortragsreihe ab. Für weitere Informationen hierzu besuchen Sie bitte die Seite der Europäischen Bewegung unter [www.europaeische-bewegung.de](http://www.europaeische-bewegung.de)

### **EU will gegen Briefmonopol vorgehen**

Wer die Wahl hat, hat die Qual, so ein deutsches Sprichwort. Wer aber die Wahl zwischen mehreren Briefzustellern hat, der kann unter Umständen eine Menge Geld sparen - zumindest nach Auffassung der EU. Dem Beispiel des Telekommunikationsmarktes, der für private Anbieter geöffnet wurde folgend soll eine Öffnung des Briefmarktes für den Verbraucher erhebliche Kosteneinsparungen beim Briefverkehr ermöglichen. Für die Zustellung von Briefsendungen mit einem Gewicht von weniger als 1.000 Gramm, die drei Viertel aller Briefsendungen ausmachen, bedarf es bislang noch einer Lizenz der Bundesnetzagentur. So dominiert die Deutsche Post noch immer mit 23 Mrd. Euro Umsatz zwei Drittel des gesamten Postmarktes. Geplant ist das Ende des europaweiten Briefmonopols voraussichtlich für das Jahr 2009. Die deutsche Bundesregierung unterstützt das Vorhaben.

### **EU-Binnenwanderung von Arbeitskräften - kein nachhaltiger Effekt durch die Osterweiterung**

Die von Europaskeptikern geschürten Befürchtungen der Bürger aus den alten EU-Staaten vor einer übermäßigen Zuwanderung von Arbeitskräften aus den osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten sind unbegründet. Dies belegt eine Studie der Europäischen Kommission. Daraus ergibt sich, dass die EU-Binnenwanderung von Arbeitskräften vor allem innerhalb der "alten" Mitgliedstaaten stattfindet.

In Deutschland beispielsweise stammen etwa 2,8% aller Erwerbstätigen aus den alten EU-Staaten. Im Vergleich dazu kommen nur 0,7 % der Arbeitnehmer aus den osteuropäischen Ländern, die am 1. Mai 2004 der EU beigetreten sind.

Viele westliche EU-Staaten, darunter auch Deutschland, haben bis zum Jahre 2011 Übergangsregelungen eingeführt, nach denen der Grundsatz der Freizügigkeit, d.h. die freie Wahl für EU-Bürger wo sie leben und arbeiten wollen, eingeschränkt werden kann. Ziel ist der Schutz der einheimischen Arbeitsmärkte vor ausländischer Konkurrenz. Doch auch jene Staaten, die eine uneingeschränkte Freizügigkeit gewähren, wie Schweden, Irland und Großbritannien, weisen eine geringere Zuwanderung von Arbeitskräften aus den osteuropäischen EU-Neumitgliedern auf, als aus den anderen Mitgliedstaaten. So stammen beispielsweise nur 0,2 % der schwedischen Erwerbstätigen aus Osteuropa. Die Kommission betont, dass die osteuropäischen Arbeitskräfte in England, Irland und Schweden keinesfalls die einheimischen Arbeitnehmer verdrängt haben. Das Gegenteil sei

der Fall: Die Einwanderer aus den neuen EU-Staaten helfen bei der Beseitigung des örtlichen Fachkräftemangels, denn zugewandert sind vor allem qualifizierte Fachkräfte. Jeder Fünfte habe sogar einen akademischen Abschluss.

### **Was kostet KEINE Verfassung?**

#### **Bericht über die Kosten der Nichtannahme der europäischen Verfassung nicht vorgelegt**

Der angekündigte Bericht über die Kosten der Nichtannahme des europäischen Verfassungsvertrages liegt dem Europäischen Parlament immer noch nicht vor. Dies stößt bei den Parlamentariern auf heftige Kritik.

Die schwedische EU-Kommissarin Margot Wallström, in der Europäischen Kommission zuständig für institutionelle Beziehungen und Kommunikationsstrategie, hatte dem Europäischen Parlament bereits Mitte Juni versprochen, einen Bericht über die Kosten vorzulegen, die durch die Nichtannahme des EU-Verfassungsvertrages entstehen. Ziel der Kostenaufstellung ist es, durch die Vermittlung der Vorteile des Verfassungsentwurfs die Chance für die Wiederaufnahme der Ratifikationsphase über das - zumindest in seiner Substanz- 2004 von den europäischen Staats- und Regierungschefs unterzeichnete Dokument zu wahren. Dies könnte die Chancen für ein Gelingen des erneuten Anlaufs für das ehrgeizige Verfassungsprojekt erhöhen (siehe Artikel "Deutsche Ratspräsidentschaft" oben). Dass die Studie über die Kosten der Nichtannahme des Verfassungsvertrages dem Parlament bislang noch nicht vorgelegt wurde wird im Europäischen Parlament heftig kritisiert. Auch das Engagement des EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso für den Erfolg des Verfassungsprojekts wird seit 2005 vermehrt im Europäischen Parlament in Zweifel gezogen. Der von Margot Wallström versprochene Bericht über die Kosten der Nichtannahme des Verfassungsvertrages soll den Menschen Europas verdeutlichen, wie groß die Nachteile, die die Ablehnung der europäischen Verfassung für sie hat, sind.

#### **Deutschland drittgrößter Empfänger aus EU Haushaltsmitteln 2005**

Mit 12,3 Milliarden Euro war Deutschland der drittgrößte Empfänger von Mitteln aus dem EU-Haushalt im Jahr 2005, wie der "Bericht über die Aufteilung der EU-Ausgaben 2005 nach Mitgliedsstaaten" belegt. Spitzenreiter war Spanien, das rund 14,8 Mrd. Euro erhielt vor Frankreich

mit 13,6 Mrd. Euro. Insgesamt umfassten Ausgaben an die Mitgliedstaaten rund 104,6 Mrd. Euro. Wichtigste Einnahmequelle sind nach wie vor die Beiträge der Mitgliedstaaten. Wie bereits im Vorjahr waren die vier größten Mitgliedsländer auch die größten Geldgeber.

### **Auslandssemester immer beliebter**

Das Auslandssemester kann eine Trumpfkarte im Lebenslauf angehender Akademiker sein. Dies treibt deutsche Studenten jährlich für ein Semester oder länger ins Ausland. Die seit 2000 verbesserten Anrechnungsmöglichkeiten der im Ausland erworbenen Leistungen durch das European Credit Transfer System (ECTS) führten dazu, dass 2003 über 60.000 Studenten in den Hörsälen ausländischer Universitäten saßen. Das beliebteste europäische Ziel ist nach wie vor Großbritannien, aber auch die deutschsprachigen Nachbarn Österreich und die Schweiz werden gerne gewählt.

### **Transparenzinitiative der Kommission - Empfänger von EU-Finanzhilfen veröffentlicht**

Im Rahmen der von der Europäischen Kommission gestarteten Initiative für mehr Transparenz, werden seit Mitte Oktober die Empfänger von EU-Finanzhilfen veröffentlicht. Auf der Seite [http://ec.europa.eu/grants/beneficiaries\\_de.htm](http://ec.europa.eu/grants/beneficiaries_de.htm) sind die Beihilfeempfänger nach entsprechenden Bereichen geordnet einzusehen.

Veröffentlichen kann die Kommission allerdings nur die Vergabe solcher Mittel, die sie auch direkt verwaltet. Ein Beispiel hierfür sind Forschungsmittel. Andere EU-Mittel wie beispielsweise solche aus der Agrarpolitik, werden von den Mitgliedsstaaten einzeln verwaltet. Inwieweit die Mitgliedstaaten die Empfängerdaten dieser Mittel verfügbar machen bleibt ihnen selbst überlassen.

Weitere Informationen zur Transparenzinitiative der Europäischen Kommission erhalten Sie unter [http://ec.europa.eu/comm/eti/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/comm/eti/index_de.htm).

### **Sacharow-Preis: EVP-ED-Fraktion unterstützt Milinkewitsch**

Die EVP-ED-Fraktion hat sich für den weißrussischen Oppositionsführer Alexander Milinkewitsch als Preisträger des Sacharow-Preises für geistige Freiheit des Europäischen Parlaments 2006 ausgesprochen. Der Sacharow-Preis wird im Dezember verliehen. Milinkewitsch wird vom diktatorischen Regime des Präsidenten Lukaschenko in Weißrussland unterdrückt und war sogar inhaftiert.